

15.01.2018 | Versicherung

## Das wünscht sich ein Versicherungsmakler von der neuen Regierung

Grundlegende Änderungen bei vielen Rahmenbedingungen im Versicherungswesen fordert Marcel Mittendorfer, geschäftsführender Gesellschafter der Wiener Maklerkanzlei Verag von der neuen Regierung.



Mag. Marcel Mittendorfer, geschäftsführender Gesellschafter der Wiener Maklerkanzlei Verag hat neun Wünsche an die neue Regierung formuliert – **klicken Sie einfach weiter!**

Foto: © GF



### **1. Forderung: Versicherungssteuer abschaffen**

Versicherungsprämien sind umsatzsteuerbefreit. Dafür wird eine Ersatzsteuer, nämlich die Versicherungssteuer, eingehoben. Sie beträgt je nach Versicherungssparte zwischen ein und elf Prozent. Aufgrund der entscheidenden Vorsorgefunktion für Private und Unternehmen regen wir an, die allgemeine Versicherungssteuer komplett abzuschaffen und damit die Eigenvorsorge der Österreicher unmittelbar zu unterstützen – wobei sogar ein massiver Verwaltungsaufwand bei der Steuererhebung wegfallen würde.

Foto: © Marco2811 / Fotolia



## **2. Forderung: Reform der motorbezogenen Versicherungssteuer**

Die motorbezogene Versicherungssteuer wird, neben den anderen Sondersteuern MöSt und NoVA, für den bloßen Besitz zugelassener Pkw oder Motorräder, zusammen mit der Haftpflichtversicherung eingehoben und ist oft höher als die Versicherungsprämien selbst. Die nicht gerechtfertigte gemeinsame Einhebung mit den Versicherungsprämien sollte abgeschafft werden. Sie bewirkt nur, dass der Staat sich die Steuervorschreibung selbst erspart. Vor allem soll auch der unverhältnismäßige Zuschlag bei unterjähriger Zahlungsweise der Prämie und somit auch der Steuer entfallen oder wenigstens massiv gesenkt werden.

Foto: © Daimler



## **3. Forderung: Reform der staatlich geförderten Zukunftsvorsorge**

2018 erfolgende Einzahlungen in dieses Instrument zur privaten Pensionsvorsorge werden mit 4,25 Prozent bis zu einer maximal geförderten Einzahlung von 2.825,60 Euro (oder 235,47 Euro monatlich) gefördert. Die maximale Förderung beträgt 2018 somit 120,09 Euro. Die Voraussetzungen dieser an sich sinnvollen Förderung für private Eigenvorsorge sollten massiv geändert werden. Die besonderen und komplizierten Anforderungen an die Veranlagung können aufgrund der umfangreichen von den Anbietern zu leistenden Garantien völlig entfallen. Am einfachsten wäre die Ausweitung der Förderung auf beliebige Formen der Lebensversicherung in Form der Rentenversicherung.

Foto: © Fotolia



#### **4. Forderung: Erweiterung der staatlich geförderten Zukunftsvorsorge auch für Pflege**

Zusätzlich sollte die vor kurzem ermöglichte, aber völlig inhaltsleere steuerliche Förderung der Übertragung von Kapital aus Zukunftsvorsorgeverträgen in eine Pflegeversicherung durch eine wesentlich sinnvollere Förderung ersetzt werden. Derzeit wird einfach, innerhalb des bestehenden Maximalrahmens, den Bürgern freigestellt, ob sie die staatliche Förderung für eine Pensions- oder eine Pflegeversicherung nutzen möchten. Angesichts völlig ungenügender Dotierung der Pflege, die für breite Bevölkerungsschichten ein reines Privatthema ist, wäre das eine notwendige und für die öffentliche Hand sogar günstige Maßnahme.

Foto: © gustavofraza / Fotolia



### **5. Forderung: Realistische und zukunftsweisende staatliche Renten**

Nur mit Vertrauen auf die staatliche Altersversorgung kann die Bevölkerung individuelle, über das staatliche Maß hinausgehende, Altersvorsorge betreiben. Hier sind nachhaltige und glaubwürdige Reformen, Pläne und Aussagen vonnöten.

Foto: © Fotolia



### **6. Forderung: Echte Umsatzsteuerbefreiung für Versicherungsmakler**

Aktuell sind Versicherungsmakler und Berater in Versicherungsangelegenheiten sogenannten "unecht umsatzsteuerbefreit". Praktisch bedeutet das, dass diese Branche wie ein Konsument "brutto" zahlt – ein grober und unerklärlicher Nachteil, dem kein Vorteil gegenübersteht.

Foto: © hd-design / Fotolia



### **7. Forderung: Aktives Einbringen und sinnvolle Umsetzungen von EU-Vorgaben**

Die Versicherungsvertriebsrichtlinie "IDD" soll mit Verständnis und Augenmaß und keinesfalls überschießend umgesetzt werden. So oder so wird hier ohnehin wieder einmal durch gesetzgeberischen Druck echte Dienstleistung mit Bürokratie (überbordende "Dokumentation") ersetzt werden. Jobs für Kontrolleure in Ämtern mögen damit gesichert werden, in realen Unternehmen fallen diese hingegen weg.

Foto: © Fotolia / Grecaud Paul



### 8. Forderung: Abschreibedauer bei Kauf von Maklerbeständen reduzieren

Beim Kauf eines Maklerbestands kommt eine völlig unrealistisch lange Abschreibedauer von 15 Jahren zur Anwendung. Versicherungsverträge haben hingegen zwischen ein und maximal zehn Jahre Laufzeit. Realistisch wären die in anderen Branchen üblichen fünf Jahre, was einer durchschnittlichen Laufzeit der betreuten Versicherungsverträge entsprechen kann.

Foto: © Fotolia / pattilabelle



### 9. Forderung: Steuerfreie Zukunftssicherung für Arbeitnehmer

Der diesbezügliche Freibetrag des Einkommenssteuergesetzes ist seit 1972 unverändert. Damals betrug dieser 4.000 Schilling, aktuell liegt dieser bei 300 Euro. Wenn betriebliche Vorsorge in Österreich nicht weiterhin ein Lippenbekenntnis bleiben soll, dann müsste dieser Betrag zumindest verzehnfacht werden.

Foto: © stockWERK / Fotolia

"Eine neue Regierung will vieles neu und anders machen. Das darf gerne auch für einen Bereich gelten, der unter allen bisherigen Regierungen notorisch vernachlässigt wurde: die Versicherungswirtschaft. Sie ist ein stiller Begleiter, ein manchmal ungeliebter aber in entscheidenden Bereichen schützender Pfeiler der Gesamtwirtschaft ebenso wie persönlicher Risiken", erklärt Marcel Mittendorfer, geschäftsführender Gesellschafter der Wiener Maklerkanzlei Verag. Dass ein ehemaliger Versicherungsmanager neuer Finanzminister ist, wird von dem Verag-Experten eventuell als Vorteil für längst fällige Reformen bei so manchen gesetzlichen Parametern im Versicherungsbereich gesehen.

Insgesamt neun Wünsche an die neue Regierung formulierte Mittendorfer daher kürzlich. Das Forderungspaket reicht dabei von der Abschaffung der Versicherungssteuer, der Reformen bei der motorbezogenen KFZ-Steuer, Änderungen bei der staatlichen Zukunftsvorsorge bis hin zu neuen Rahmenbedingungen bei der Steuergesetzgebung für Versicherungsmakler – **klicken Sie sich durch unsere Fotostrecke oben.** (gp)